

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Ursula Fischer, Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt),
Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste**

**zum Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung von Hemmnissen
bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen
– Drucksachen 12/103, 12/204, 12/216 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- im Rahmen der vorgesehenen Maßnahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Möglichkeit des Absatzes von Erzeugnissen aus den neuen Bundesländern in größtmöglichem Umfang zu unterstützen;
- eine rechtzeitige und umfassende Information der Unternehmen in den neuen Bundesländern über Ausschreibungen deutscher und übernationaler Einrichtungen und Organisationen zu fördern;
- eine Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere mit den Ländern Afrikas, Mittel- und Südamerikas, Asiens, mit dem Ziel des gleichzeitigen Abbaus der erforderlichen Finanzierung von Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern vorzusehen.

Bonn, den 12. März 1991

**Dr. Ursula Fischer
Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)
Dr. Gregor Gysi und Gruppe**

Begründung

Die Unternehmen in den neuen Bundesländern sind nur in geringem Umfang an der Realisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands beteiligt. Das betrifft insbesondere Maßnahmen, die vom Gebiet der alten Bundesländer ausgehen.

Bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden in relativ größerem Umfang Erzeugnisse aus Industrie und Landwirtschaft eingesetzt, die entsprechend dem Bedarf der Dritten Welt einfacheren Anforderungen genügen. Auch in der Vergangenheit hat die Bundesrepublik Deutschland solche Ergänzungslieferungen bezogen.

In Unternehmen in den neuen Bundesländern sowohl in der Industrie als auch im Agrarbereich besteht überwiegend Unkenntnis über vorhandene Ausschreibungen nationaler und internationaler Einrichtungen und Organisationen.

Bei Minderung der Finanzierung der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern könnte gleichzeitig der Solidarbeitrag Deutschlands für die Dritte Welt und Osteuropa erhöht werden.